

27.01.2007

Tschad und Kamerun

Reisebericht, 19. bis 26. Januar 2007

Bericht

zum Beitrag der Tschad-Kamerun-Pipeline auf die Entwicklung der beiden Länder

Inhaltsverzeichnis

5. Die Tschad-Kamerun-Pipeline

6. Das Besuchs-Programm im Einzelnen

Grafiken / Tabellen:

-



1. Ziel der Reise

Ziel der im Auftrag des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung durchgeführten Reise war es, uns vor Ort über die aktuelle Situation zu informieren. Wir wollten uns ein Bild darüber machen, inwieweit das Engagement der Weltbank bei der Finanzierung der Tschad-Kamerun-Pipeline dazu beigetragen hat, dass die Erdölförderung im Tschad der nachhaltigen Entwicklung der beiden Länder und damit der Bevölkerung zu Gute kommt.

Von Weltbank-Seite wurde die seit 2003 in Betrieb befindliche Tschad-Kamerun-Pipeline gerne als Modellprojekt dargestellt. Sie sollte ein Gegenbeispiel für die zahlreichen Projekte im Ressourcenbereich sein, die negative Auswirkungen auf Entwicklungsländer hatten. Doch die anhaltende Kritik und Hinweise auf Fehlentwicklungen von Seiten der Menschenrechts- und Umweltorganisationen lassen große Zweifel an dieser Einschätzung aufkommen. Durch unsere Dienstreise wollten wir zu einem Erkenntnisgewinn beitragen und darüber berichten.

Kurzübersicht Reiseverlauf

Daher lag der **Schwerpunkt** der Reise auf der **Tschad-Kamerun-Pipeline**. Auf dem Programm stand neben Gesprächen in der tschadischen Hauptstadt N'Djamena ein Besuch der Erdölförderregion im Süden des Tschad. Dort führten wir Gespräche mit Nichtregierungsorganisationen und besuchten die Erdölförderstation von Esso. Auch in Kamerun wurden zu der Thematik der Erdölförderung Gespräche mit der Regierung (Wirtschafts- und Finanzminister), der Erdöltransportgesellschaft COTCO und der Zivilgesellschaft geführt.

In Kribi, wo die Pipeline endet, hatten wir Gelegenheit zum Besuch der Dekompressionsanlage. Anschließend trafen wir uns mit der Kooperative der Fischer, was durch einen eine Woche vorher geschehenen Ölunfall am Verladeterminale 12 km vor der Küste eine besondere Aktualität erhielt.

Außerdem führten wir Gespräche mit den Verantwortlichen der vor Ort stattfindenden Projekte der **deutschen Entwicklungszusammenarbeit**, um einen Einblick in die von Deutschland unterstützten Maßnahmen zu erhalten. Nach der Ankunft in der tschadischen Hauptstadt N'Djamena und ersten

Gesprächen dort besuchten wir ein Kooperationsprojekt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit dem Schwerpunkt der ländlichen Entwicklung in der südlich gelegenen Region Mayo Kebbi rund um Pala.

In Kamerun trafen wir unter anderem den Forstminister und konnten uns durch Gespräche mit ExpertInnen der deutschen EZ über die dortigen Schwerpunkte des nachhaltigen Ressourcenmanagements, der Gesundheit und der Dezentralisierung informieren.

Wir hatten Gelegenheit ExpertInnen der GTZ, der KfW, des DED, der Friedrich-Ebert-Stiftung, VertreterInnen aus Parlament und Regierungen sowie der Weltbank kennen zu lernen und auch Gespräche mit einheimischen Nichtregierungsorganisationen, Frauengruppen und Fischern zu führen. Durch die Möglichkeit des Gesprächs mit so vielen unterschiedlichen Gruppen ergaben sich vielschichtige, aber auch widersprüchliche Aussagen und somit viele Anknüpfungspunkte für Fragen, die wir bei weitem nicht alle abarbeiten konnten.

Erstes Fazit der Reise

Die Tschad-Kamerun-Pipeline wirkt in beiden Ländern wie ein Objekt von einem anderen Stern. Das Projekt dient

Wir konnten eine große Differenz feststellen zwischen den Ansprüchen und Hoffnungen, die einst mit dem Bau der Pipeline verknüpft wurden, und dem, was tatsächlich realisiert und erfüllt wurde. Die Enttäuschung der Menschen darüber, dass sich substantiell für sie nichts zum Besseren gewendet hat, dass zahlreiche Mängel bei den Bauten wie Schulen und Wasserbehältern festgestellt wurden und dass Klagen über ökologische Schäden und Verschmutzung (z.B. starke Staubeentwicklung) nicht ernst genommen werden, ist groß.

Es ist mit dem Bau der Tschad-Kamerun-Pipeline nicht gelungen, den ökonomischen, kulturellen und kommunikativen Graben zwischen den vier beteiligten Seiten (den Unternehmen, der Weltbank, den Regierungen und den Bevölkerungen) zu schließen. Uns ist bewusst, dass durchaus große Anstrengungen dafür unternommen wurden und viele Menschen sich tatkräftig für eine Verbesserung der Situation eingesetzt haben. Doch offenbar bestehen insbesondere in der Kommunikation noch große Lücken.

Das ist ein schlechter Ausgangspunkt für die nächsten 25 Jahre, in denen die Pipeline nach offizieller Erwartung funktionieren soll. Dabei stellt sich die Situation im **Tschad** besonders dramatisch dar. Der Tschad unter Staatspräsident Idriss Déby ist autokratisch organisiert und ohne Aussichten auf eine Administration, die sich für das Gemeinwohl einsetzt. Durch die Verfassungsänderung im Jahr 2004, die Déby eine dritte Amtszeit ab 2006 ermöglichte, ist das Vertrauen in eine demokratische Ablösung des Präsidenten gesunken. Bewaffnete Kämpfe nehmen zu. Die Öleinnahmen nützen in diesem Fall vor allem den Interessen des Präsidenten, der sie zur Sicherung seiner Macht einsetzen kann. Gleichzeitig machen sie den Tschad attraktiv für Rebellen, die immer erbitterter gegen Déby vorgehen. Ein Putschversuch der Rebellen gegen Déby im April 2006 scheiterte nur knapp und dies auch nur dank der Unterstützung Débys durch die Franzosen. Unsere Reise fiel glücklicherweise in einen Zeitraum ohne Rebellenkonflikte, doch scheint sich die Lage zu verschärfen.

Kamerun ist wirtschaftlich und politisch dynamischer. Eigentlich ein reiches Land, befindet es sich trotzdem in einer ökonomischen Spirale abwärts, der mühsam entgegengearbeitet wird. Die Korruption hat das Land fest im Griff. Die Tschad-Kamerun-Pipeline verläuft größtenteils durch Kamerun. Die Trasse führt durch Regenwaldgebiete und die Lebensräume von indigener Bevölkerung. Doch da das Land für das tschadische Öl nur Transitgebiet ist, halten sich die Einnahmen in Grenzen, gerade im Vergleich zu den übrigen Öleinkünften Kameruns. Sie fließen aber kontinuierlich. Frappierend ist, dass allen

Beteuerungen von offensiver Transparenz über die Einnahmen aus der Pipeline zum Trotz beispielsweise weder die Fischer noch der Bürgermeister in Kribi über genaue Zahlen verfügen. Da läuft ganz gewiss etwas falsch.

2. Tschad - Anmerkungen zur Struktur und Entwicklung

Politik

Seit 1960 ist das Land unabhängig. Nach dem gewaltsamen Sturz von *Hissène Habré* (Präsident von 1982 bis 1990) wurde *Idriss Déby* Staatspräsident. Die Verfassung von 1996 schreibt die rechtlichen Grundlagen für Gewaltenteilung, Mehrparteiensystem, Grundrechte und Dezentralisierung fest. Allerdings sind die 1999 neu gebildeten Verwaltungseinheiten noch nicht funktionstüchtig und die vorgesehene 2. Parlamentskammer (*Assemblée Générale*) existiert bisher nicht. Auch die angekündigten Kommunalwahlen wurden immer wieder verschoben.

Die Beschränkung der Präsidentschaft auf zwei Amtszeiten wurde im Mai 2004 durch eine Verfassungsänderung aufgehoben. Damit konnte Idriss Déby nach der letzten, von Kritik begleiteten Wahl im August 2006 seine dritte Amtszeit antreten. Auch das Parlament genehmigte sich 2006 eine (verfassungswidrige) Verlängerung seiner Amtszeit um anderthalb Jahre – mit dem Argument, der Tschad sei finanziell nicht in der Lage, Parlaments-, Präsidentschafts- und Kommunalwahlen alle 2006 abzuhalten.

Wirtschaft/Entwicklung

Etwa 80 Prozent der Bevölkerung lebt in absoluter Armut, wobei ein starkes Stadt-Land-Gefälle besteht. Die sozio-ökonomische Entwicklung des Landes wurde durch die isolierte Binnenlage, die Gliederung des Landes in "le Tchad utile" (Süden) und "le Tchad inutile" (Norden) während der französischen Kolonialzeit, den Jahrzehnte währenden Bürgerkrieg, viele Dürreperioden, Korruption und die unzureichend ausgebaute Infrastruktur entscheidend beeinträchtigt.



Die wichtigsten Exportgüter des Landes - abgesehen von Erdöl - bestehen aus Baumwolle (40 % des Gesamtexportwerts), Vieh, Fleisch und Gummi Arabicum. Hauptabnehmer dafür sind vor allem Portugal, Deutschland und die USA.

Sicherheitslage im Tschad, Gefahr des Übergreifens des Darfur-Konflikts

Im April 2006 versuchten Rebellen Idriss Déby zu stürzen. Dabei gab es 400 Tote. Nach dem – vor allem durch einen Eingriff der Franzosen vereitelten – Putschversuch gab der Tschad seine Rolle als Friedensvermittler im Darfur-Konflikt auf. Déby beschuldigt den Sudan, den Putschversuch inszeniert zu haben. Auch soll der Sudan Rebellen beherbergen, die angeblich von dort aus im Osten des Tschad operieren.

Im Osten des Tschad, der Grenzregion zum Sudan, liefern sich zusätzlich zu den Angriffen der Rebellen seit Anfang November 2006 schwer bewaffnete arabische Reitermilizen Kämpfe mit den schwarzafrikanischen Dorfbewohnern. Bei den Auseinandersetzungen kamen in den Provinzen Ouaddai, Salamat und Wadi Fira mehrere hundert Menschen ums Leben. Als Reaktion auf diese An- und Übergriffe rief die tschadische Regierung am 13. November in diesen drei Provinzen sowie in der Hauptstadt N'Djamena den Notstand aus. Während die Rebellen zum Ziel haben, die Regierung von Idriss Déby zu stürzen, handelt es sich bei den Angreifern auf die schwarzafrikanische Zivilbevölkerung offenbar um Mitglieder der berüchtigten Janjaweed-Milizen handeln, die seit 2003 mit Unterstützung Khartums auch gegen schwarzafrikanische Rebellen und Einwohner in Darfur vorgehen.

Ende Januar besuchte eine Prüfmission der Abteilung für friedenssichernde Maßnahmen (DPKO) der Vereinten Nationen den Tschad, um sich ein Bild über die Lage zu machen und die Entsendung einer UN-Friedensmission in den Tschad und in die Zentralafrikanische Republik zu überprüfen. Der Missions-Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen hob hervor, dass die Situation insbesondere im Osten des Tschad weiterhin "unvorhersehbar" sei. Die Destabilisierung dort führe zu "umfassender Unsicherheit und Menschenrechtsverletzungen". (Bericht S/2007/97)

Infolge der anhaltenden Gewalt sind mittlerweile mehr als 300.000 Menschen im Tschad auf der Flucht vor den Milizen (davon 250.000 sudanesischen Flüchtlinge aus Darfur und 120.000 intern vertriebene Tschader). Rund 50.000 tschadische Flüchtlinge befinden sich in Darfur.

Auch im Süden des Tschad leben Flüchtlinge. In drei verschiedenen Lagern leben dort mehr als 45.000 Menschen, die seit Juni 2005 über die Grenze der Zentralafrikanischen Republik in den Süden des Tschad geflüchtet sind.

3. Kamerun – Anmerkungen zur Struktur und Entwicklung

Wirtschaft/Entwicklung und Politik

Über die ersten 25 Jahre nach der Unabhängigkeit war Kamerun eines der prosperierendsten Länder Afrikas. Der Preisverfall auf den Öl-, Kakao-, Kaffee- und Baumwollmärkten Mitte der 80er-Jahre führte in Kombination mit einer zu hoch bewerteten Währung und ökonomischem Missmanagement zu einer jahrzehntelangen Rezession. Das BNE sank zwischen 1986 und 1994 um 60%. Das Haushaltsdefizit und die Staatsschulden wuchsen stark an.

Aber da Kamerun über Öl und sehr günstige klimatische Bedingungen für die landwirtschaftliche Produktion verfügt, hat es noch immer eine der am besten ausgestatteten Primärgüterökonomien in Subsahara-Afrika. Trotzdem hat es ähnliche Probleme wie viele andere Entwicklungsländer, wie z.B. einen aufgeblähten, kopflastigen Staatsapparat.

Seit 1982 ist Paul Biya Präsident des Landes, in dem sich die Regierung nicht durch großen Ehrgeiz auszeichnet und die Opposition ihre Aufgabe nicht wahrnimmt. Kamerun leidet unter Misswirtschaft, Korruption, politischer Willkür und schwacher Verwaltung.

Es gibt ein tendenziell ungünstiges Investitionsklima, da es keine Rechtssicherheit gibt und auch der Wille fehlt, dieses zu ändern. In den letzten Jahren hat sich die Wirtschaft wieder erholt (ca. 4% Wachstum pro Jahr), was zu einem nicht unerheblichen Teil auf den gestiegenen Ölpreis zurückzuführen ist.

Eine Armutsbekämpfungsstrategie liegt vor und 2006 hat Kamerun formell den Completion Point der HIPC-Entschuldungsinitiative erreicht. Der IWF kritisiert allerdings die makroökonomische Steuerung der Regierung und zweifelt an deren Armutsorientierung. Auch der Mittelabfluss sowie die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen geht nur sehr schleppend vor sich.

Fakten im Vergleich

Fläche
EinwohnerInnen in Millionen
Bruttonational-Einkommen pro Kopf pro Jahr (US-Dollar)
Rang auf dem Korruptionsperzeptions-Index von Transparency International (von 163)
Alphabetismus (15 Jahre und älter)
Rang auf dem Index für menschliche Entwicklung 2006 (von 177)
Kindersterblichkeit unter fünf Jahren (pro 1000)
Lebenserwartung bei Geburt

Quellen: Transparency International, Human Development Report 2006 und 2002.

4. Grundlegende Entwicklungshindernisse in beiden Ländern

In beiden Ländern können **Korruption** und der damit einhergehende **Mangel an Transparenz** als die größten Entwicklungshindernisse betrachtet werden. Korruption ist weit verbreitet und überall vorhandenes Grundübel. Sie verhindert u.a., dass die Öl-Einnahmen effektiv für die Armutsbekämpfung eingesetzt werden.

Beide Länder stehen auf dem Korruptions-Perzeptionsindex von Transparency International sehr weit unten (s. Tabelle oben). Tschad gehört zu den 10 korruptesten Ländern der Welt.

Ein weiteres Problem, das beide Länder betrifft, ist die zunehmende Verfügbarkeit von **Kleinwaffen** und die geringer werdende Hemmschwelle zum Einsatz bewaffneter Gewalt. Bandenkriminalität ist ein großes Problem. In Kamerun wurde uns berichtet, dass die Polizei selbst ihre Waffen unter der Hand verkauft, um sich zusätzliche Einkommen zu verschaffen.

Beide Länder haben unter **unzureichenden öffentlichen Gesundheits- und Bildungssystemen** zu leiden. Insbesondere im Tschad ist die AnalphabetInnen-Rate erschreckend hoch. Durch die wirtschaftliche Liberalisierung und den Zustrom von Arbeitern im Zuge der Bauarbeiten an der Pipeline (und dadurch zunehmende Prostitution) haben sich die Prävalenzraten von HIV/AIDS erhöht.

Wie in vielen afrikanischen Ländern sind **Frauen** auch im Tschad und in Kamerun das Rückgrat der Gesellschaft. Doch geht dies nicht etwa einher mit einer entsprechend hohen politischen und gesellschaftlichen Rolle. Im Gegenteil, in Kamerun wurden wir auf die traditionelle, weit verbreitete Praxis des "Brustbügelns" hingewiesen (s. S. 20-21). Bei dieser grausamen Praxis wird in der Pubertät befindlichen Mädchen mithilfe von heißen Mahlsteinen oder Spaten das Gewebe der gerade wachsenden Brüste platt gedrückt. Dabei ist dies offenbar eine "Maßnahme zum Schutz der Mädchen", denn wenn ihre Brüste zu früh wachsen, werden sie zu früh als attraktiv wahrgenommen und damit der Gefahr ausgesetzt, geschwängert zu werden.

5. Die Tschad-Kamerun-Pipeline

a) Die Bedeutung des Ölsektors in Tschad und Kamerun

Kamerun:

Seit 1977 wird in Kamerun Erdöl gefördert, hauptsächlich offshore im Golf von Guinea. Tätig in der Erdölförderung sind unter anderem die Erdölunternehmen Total, Perenco, Pecten, Euroil. Derzeit gibt es verschiedene laufende Verhandlungen über die Ausbeutung der vor allem im Offshore-Bereich vorhandenen Öl- und Gasreserven. Erneute Investitionen in Explorationen könnten den Anteil des Erdölsektors an der Wirtschaft erhöhen.

Seit den 90er-Jahren geht die kamerunische Erdölproduktion zurück, da sich die Ölvorkommen in den unter Produktion befindlichen Ölfeldern allmählich erschöpfen. Während das Land 1977 täglich 182.000 Barrel förderte, befindet sich die Tagesproduktion nach Angaben des Wirtschafts- und Finanzministeriums heute bei ca. 90.000 Barrel. Dennoch trugen die Öleinkünfte 2003 immer noch 24 % des Steuereinkommens der Regierung, 50 % der Deviseneinkünfte und ca. 6 % des Bruttoinlandsprodukts bei.

Kamerun hat eine eigene Raffinerie in Limbé Diese ist jedoch aufgrund ihrer Technologie nicht dafür geeignet, das in Kamerun geförderte, schwere Erdöl selbst zu raffinieren.

Seit 2005 ist Kamerun Mitglied der **Extractive Industries Transparency Initiative** (EITI). Im Dezember 2006 veröffentlichte die kamerunische Regierung einen ersten Bericht über ihre Einkünfte aus dem Erdölsektor. Nach Angaben der staatlichen Ölfirma *Société Nationale des Hydrocarbures* (SNH) exportierte Kamerun 2006 14,861 Mio. Barrel Erdöl und erwirtschaftete damit Einkünfte von 948,974 Mio. US-Dollar.

Der EITI-Bericht über die Erdöl-Produktion und den Erdöl-Export Kameruns besagt, dass 2005 die Erdölproduktion Kameruns für ca. 1,549 Mrd. US-Dollar verkauft worden sei, von denen 535,294 Mio. an die Staatskasse überwiesen und ca. 31 Mio. ausgegeben worden seien. Er enthält jedoch keine präzisen Informationen über die Verwendung der restlichen Einkünfte.

Tschad:



ein Ölbrunnen in Komé

Erste Explorationen fanden 1969 statt. Die eigentliche Erdölproduktion begann erst 2003 nach der Fertigstellung der Tschad-Kamerun-Pipeline. Das in den Erdölfeldern um Doba geförderte Erdöl – "Doba Blend" – ist ein besonders schweres Rohöl, das aber wenig Schwefel enthält.

Diesel (z.B. auch für die Stromerzeugung) und andere hochwertigere Produkte aus Öl müssen importiert werden.

Nach der plötzlichen Aufkündigung der diplomatischen Beziehungen mit Taiwan hat der Tschad nunmehr diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen mit der Volksrepublik China aufgenommen. Im Januar 2007 wurden Abkommen zum Schuldenerlass und wirtschaftliche Abkommen über 80 Mio. \$ unterzeichnet.



Erdölfelder im Tschad und im Sudan. Die Tschad-Kamerun-Pipeline von Doba nach Kribi (links) und die sudanesisische Pipeline nach Port Soudan (rechts). (Quelle www.rfi.fr)

b) Das Tschad-Kamerun-Pipeline-Projekt und die Rolle der Weltbank

Die Tschad-Kamerun-Pipeline wurde nach zweijähriger Bauzeit im Jahr 2003 in Betrieb genommen. Die Pipeline, geplant für eine Laufzeit von mindestens 25 Jahren, ist auf einem hohen technischen Stand (z.B. ohne Seitennaht). Sie wird durch eine außen angebrachte Glasfaserverkabelung auf Spannungsabfall überwacht und funktioniert bis jetzt ohne Störungen.

Im **Konsortium** der Pipeline (jetzt ExxonMobil, Petronas und Chevron Texaco) befanden sich ursprünglich auch die Unternehmen Shell und Elf. Beide erklärten jedoch 1999 ihren Rückzug aus der Projektplanung, um ähnliche Probleme wie in Nigeria zu vermeiden.

In ihren Schätzungen hatte die **Weltbankgruppe** angenommen, dass der Tschad an direkten Einnahmen

etwa 2 Milliarden US\$ (im Durchschnitt 80 Mio. \$ pro Jahr) erhalten würde und sich die Gewinne für Kamerun in der 25-jährigen Laufzeit der Pipeline auf insgesamt 500 Mio. \$ (durchschnittlich 20 Mio. \$ pro Jahr) belaufen würden. Tatsächlich erhielt der Tschad bis Ende 2006 bereits 1,175 Milliarden US-\$ an direkten und indirekten Einnahmen (s.u. Auflistung im "Steckbrief").

Die Weltbank unterstützte das Projekt der Tschad-Kamerun-Pipeline mit den folgenden Zielen:

- "to increase Chad Government expenditures on poverty alleviation activities; and
- to increase Cameroon fiscal revenues available for financing priority development expenditures, in the context of the Government's strategy for economic growth and poverty reduction." (*Project Appraisal Document* der Weltbank von April 2000)

Die Weltbank sah "ihre Beteiligung an der Finanzierung des Pipeline-Projektes als einmalige Chance, dem **Tschad** zu helfen, einen Paradigmenwechsel in seiner wirtschaftlichen Entwicklung zu vollziehen. Einem Land mit solch begrenzten Ressourcen und Aussichten auf Wachstum den Zugang zu höheren Einnahmen zu erlauben, könnte einen bedeutenden Unterschied für die tschadische Bevölkerung ausmachen." (eigene Übersetzung, *Overview of the Chad-Cameroon Petroleum Development and Pipeline Project* der Weltbank, S. 4.) Da aus Erfahrungen in anderen Ländern das Risiko der falschen Verwendung der Erdöleinnahmen klar war, machte die Weltbank einen "transparenten Rahmen zur Verwaltung der Einkommen" zur Vorbedingung für ihr finanzielles Engagement.

Das verlangte "**Petroleum Revenue Management Program**" bildete die Grundlage der Finanzierung durch die Weltbank und wurde im tschadischen Gesetz # 001 gesetzlich verankert. Danach sollten 72 % der direkten Einnahmen in Maßnahmen für prioritäre Sektoren fließen (Gesundheit, Bildung, soziale Dienste etc.), 4,5 % direkt an gemeindeorientierte Projekte in der Ölförderregion und 10 % in einen Fonds für zukünftige Generationen, auf den der Zugriff erst nach dem Ende der Ölförderung erlaubt sein sollte.

Zur Überwachung der Zuteilung der Gelder wurde das unabhängige "Collège de Contrôle et de Surveillance de la Gestion des Ressources Pétrolières" gegründet, das die Ausgaben für jedes einzelne Projekt bewilligen muss.

Anfang 2006, vor dem Hintergrund der Gefährdung seines Machterhalts durch zunehmende Rebellenaktivitäten, änderte Idriss Déby das Gesetz # 001. Er löste den Zukunftsfonds auf und kündigte damit den Vertrag mit der Weltbank über die Verwendung der Erdöleinnahmen auf. Die Weltbank reagierte kurz darauf mit einem Aussetzen aller Weltbank-Kredite an den Tschad und sperrte das Treuhand-Konto der Öleinnahmen in London.

Danach musste eine neue Grundlage für die Beziehungen zwischen Tschader Regierung und der Weltbank verhandelt werden. Doch ist nur ein "Memorandum of Understanding" herausgekommen, das seit Juni 2006 gilt. Der innovative und für die nächsten Generationen ausgerichtete Zukunftsfonds wurde abgeschafft und eine neue, erweiterte Definition dessen eingeführt, was "prioritäre Sektoren" sind. Damit ist die Weltbank eingeknickt, denn letztlich werden mit diesem Memorandum der tschadischen Regierung Ausgaben zur Sicherung seiner Macht ermöglicht.

Bewertung: Die Weltbank begründete ihre Finanzierung des Projektes von Anfang an mit der Hebelwirkung, die sie auf die tschadische Regierung haben würde. Ohne die Beteiligung der Weltbank wäre vermutlich nie ein Gesetz über die Verwendung der Öleinnahmen erlassen worden. Und ohne die Beteiligung der Weltbank wäre vermutlich kein westliches Erdölunternehmen bereit gewesen, das Risiko des Pipelinebaus einzugehen. Doch jetzt, da die Pipeline gebaut ist, ist ganz klar, dass die Weltbank in der falschen Reihenfolge vorgegangen ist. Die Pipeline ist da, das Öl fließt, das Geld auch, und die Weltbank hat keinerlei Möglichkeiten mehr, Druck auszuüben. Die Hoffnungen der Opposition auf einen demokratischen Regierungswechsel haben sich 2006 endgültig zerschlagen. Die Öleinkünfte nützen dem autokratischen Präsidenten und ermöglichen ihm seinen, auch durch Waffengewalt unterstützten Machterhalt.

Kamerun, in dem sich der größte Teil der Tschad-Kamerun-Pipeline befindet, erhält Durchleitungsgebühren, die sich nicht am Ölpreis, sondern an der Menge des transportierten Rohöls bemessen (41 US-Cent pro Barrel). Monatlich ergeben sich bei einer Durchleitung von 4,53 Mio. Barrel etwa 1,8 Mio. US-Dollar.

Angesichts der im Vergleich zum Tschad geringeren Einnahmen an Transitgebühren (weniger als 2 Prozent des Staatseinkommens) verlangte die Weltbank von Kamerun keinen dem tschadischen entsprechenden Mechanismus zur Überwachung der Verwendung der Einnahmen.

Steckbrief Tschad-Kamerun-Pipeline

Länge
Verlauf
Inbetriebnahme
Laufzeit
Kosten
Kredite der Weltbank
Kredite der IFC
Transitgebühren an Kamerun
Tagesproduktion
Konsortium ("Field-System")
Unternehmen für "Exportsystem"
Einnahmen Tschad (2003 bis Ende 2006)
EITI-Mitgliedschaft

c) Als Entwicklungsprojekt gescheitert: – "We shouldn't have called it

Development Project."

In den letzten Jahren wies der **Tschad** das größte Wirtschaftswachstum in Afrika auf (ca. 1 bis 2 Mrd. US-\$ Einnahmen im Jahr, was auf nur 8 Mio. EinwohnerInnen gerechnet ein riesiger Wert ist). Doch ganz offensichtlich bringen die Pipeline und die damit verknüpften Einnahmen keine wirklichen Impulse für einen sozialen und wirtschaftlichen Aufschwung in beiden Ländern.

Schaffung von Arbeitsplätzen: Auf der Reise bekamen wir oft zu hören, dass die Pipeline zu Beginn auf Zustimmung in der Bevölkerung stieß. Viele Menschen glaubten den Versprechungen von Regierungen und Unternehmen und erwarteten Aufschwung und Arbeitsplätze. Außerdem gab es Hoffnung, dass die angekündigten Projekte die Menschen unterstützen würden. Besonders im Tschad wurde die Pipeline als Entwicklungsprojekt für das Land wahrgenommen und als solches beworben (s. Bild unten). Als Esso begann, Einstellungen vorzunehmen, machten sich Tausende Hoffnung auf einen Arbeitsplatz und reisten z.B. zum Basislager bei Komé. Quasi über Nacht entstand vor dessen Toren ein provisorisches Dorf, in dem sich Hunderte von Wartenden aufhielten und zum Teil monatelang dort lebten. Alkoholismus, Prostitution und AIDS breiteten sich aus. Gleichzeitig wurden nur die Qualifiziertesten eingestellt.



*"Die Straße der Hoffnung. Das Erdöl erhellt die wirtschaftliche Zukunft von Tschad und Kamerun",
Artikel aus der Zeitschrift The Lamp der ExxonMobil-Corporation, Herbst 2002.*

Laut Esso war das Jahr 2002 dasjenige mit den meisten Einstellungen. Ca. 7.800 Tschader fanden Arbeit, während etwa 2.000 als "Expatriates" aus anderen Ländern kamen. Mitte 2006 gab es noch 5.000 Arbeitsplätze für TschaderInnen, die Zahl der "Expatriates" lag bei knapp 1.000.

Die **enttäuschten Erwartungen** kommen jedoch nicht von ungefähr. Das Bild oben zeigt, dass Konsortium und Weltbank das Pipeline-Projekt bewusst als "Entwicklungsprojekt" verkauft haben. So wurde es auch offiziell genannt: "Chad Development Project". Bezeichnend unsere Begegnung mit Ron Royal, dem Chef von Esso im Tschad: "We shouldn't have called it "development project". Auch die Weltbank räumt in ihrem *Implementation completion report* von Dezember 2006 ein: "Messages should have been more realistic to avoid situations in which expectations were raised that were beyond the possible outcomes of the Project." (*Completion Implementation Report* der Weltbank, Overview, S. 41.) Die Einsicht kommt leider spät. Und die Bevölkerung fühlt sich – zu Recht – betrogen.

Keine Orientierung der Ausgaben an Prioritäten der Bevölkerung: Zwar muss das "Collège de

Contrôle et de Surveillance" die Ausgaben für jedes einzelne Projekt bewilligen, das im Rahmen der "prioritären Sektoren" im Tschad durchgeführt werden soll. Doch orientiert sich die Auswahl dieser Projekte nicht etwa an regional festgelegten Prioritäten, sondern wird von der Zentralregierung beschlossen. Ausschreibungen für diese Projekte finden grundsätzlich nicht unter lokalen Unternehmen statt, sondern in der Hauptstadt N'Djamena. Besonders drastisch ist uns die Nicht-Beachtung regionaler Prioritäten in der Erdölregion um Doba demonstriert worden. Dort erarbeiteten Gutachterbüros als Teil des Projektes in einem teuren, langwierigen Prozess, der unter reger Beteiligung der Bevölkerung stattfand, einen regionalen Entwicklungsplan. Dieser Plan identifiziert die Potenziale einzelner Teilregionen und die für die jeweiligen Regionen prioritären Entwicklungsprojekte. Doch dieser regionale Entwicklungsplan wurde nicht etwa vom Planungsministerium an die Regierung weitergeleitet, damit er offiziell umgesetzt werden kann, sondern verstaubt in einer Schublade des Planungsministeriums. Und weiterhin werden Projekte durchgeführt, die nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen.

Kein Wunder, dass die Projekte (Grundschulen, Brunnen etc.), die eher als gut gemeinte Unterstützungsleistung umgesetzt werden, randständig bleiben und eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen vor Ort verfehlen.

Dies ist uns umso deutlicher geworden, als wir in der Region Mayo-Kebbi am Beispiel des deutschen EZ-Projektes "PRODALKA" um die Stadt Pala herum kennen lernen konnten, was notwendig ist, um tatsächlich Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung zu legen. Der Unterschied zwischen dem Leben der Bevölkerung im Tschad und dem Leben auf der Basisstation des Unternehmens ESSO in Komé ist krass. Lehmhütten, Weidewirtschaft und Perspektivlosigkeit stehen im scharfen Kontrast zu einem Ölförderunternehmen mit US-amerikanischen Standards und durchorganisiertem Arbeitsalltag. Das Missverhältnis lässt sich ohne enorme Anstrengungen auf beiden Seiten nicht überbrücken...

Die Interessenlage ist klar. Das Schweröl, das aus dem Tschad quer durch Kamerun und dann auf Tankern in alle Welt transportiert wird, dient in erster Linie dazu, den Ressourcenhunger der westlichen Welt zu stillen und die Gewinne der beteiligten Konzerne zu steigern. Erst in zweiter Linie erreichen die abgeführten Einnahmen die Regierungen im Tschad und in reduzierter Form die von Kamerun, und erst wenn an der Staatsspitze das Geld verteilt worden ist, hat zuletzt vielleicht die Bevölkerung die Chance, dass ihrer gedacht wird. Doch soll dies nicht unsere Kritik an der nicht ausgeübten Regierungsverantwortung des Tschad gegenüber seiner eigenen Bevölkerung abschwächen. Es ist im Falle des Tschad offensichtlich, dass der autokratische Staatspräsident Idriss Déby sich unverfroren aus den Töpfen der Öleinnahmen bedient, um seine Macht zu sichern und die Belange der Bevölkerung missachtet. Die Weltbank stemmte sich zwar Anfang 2006 dagegen, musste dann aber einsehen, dass sie keinerlei Hebelwirkung mehr hat, um die tschadische Regierung zu beeinflussen.

Zunehmender Bevölkerungsdruck im Süden:

Um die Ölfördergebiete hat der Bevölkerungsdruck auf das fragile Ökosystem stark zugenommen, so dass Überweidung und Übernutzung des Bodens sich im Süden, z.B. in der Region Mayo Kebbi, nicht mehr verleugnen lassen.



Durch den überraschend frühen Rückgang der geförderten Mengen in den ersten drei Ölfeldern müssen weitere Felder im Tschad erschlossen werden. Die Gefahr ist groß, dass dadurch bisher unberührte Gebiete betroffen sein werden. Prospektionen laufen beispielsweise in einem Bereich an der Grenze zu Kamerun, der aufgrund seines ökologischen Reichtums zu einem transnationalen Naturpark deklariert werden soll. Sind einmal Prospektionsschneisen geschlagen, ist die Besiedlung vorprogrammiert und die

Übernutzung der natürlichen Ressourcen ebenfalls.

Wir hatten auf unserer Reise durch den Tschad und Kamerun die Chance, verschiedene Seiten des Pipeline-Projektes kennen zu lernen. Die Widersprüche und offenen Fragen, die es zur Einschätzung der Verbesserung der Situation der Bevölkerung sowie einzelnen Komponenten der Pipeline – und vor allem bezüglich der Einnahmen – gibt, sind zahlreich. Außerdem gibt es ganz offensichtlich Kommunikationsprobleme zwischen den Unternehmen und der Bevölkerung und zwischen den Regierungen und der Bevölkerung sowohl im Tschad als auch in Kamerun. Die große Transparenz und Auskunftsbereitschaft, die das Ölonternehmen Esso uns gegenüber dankenswerterweise demonstrierte, scheint leider kein durchgehender Standard zu sein.

Fehlender Katastrophenplan in Kamerun / unzureichende Informationspolitik: Am 16. Januar 2007 ereignete sich am Verladeterminale vor Kribi in Kamerun ein Ölunfall, bei dem ca. 100 bis 150 Barrel Öl austraten. Durch ein Leck im Verladeterminale, einem ehemaligen umgebauten Tanker, floss das Öl ins Meer. Leider war die Informationspolitik des zuständigen Unternehmens COTCO mangelhaft gegenüber der Öffentlichkeit in Kribi und bestätigte damit die schlimmsten Vorurteile. Außerdem legt dies den Verdacht nahe, dass es entgegen aller Ankündigungen doch keinen ausgeklügelten Katastrophenplan gibt. Hier muss dringend nachgearbeitet werden.

Dazu schreibt Ntaryike Divine aus Douala in seinem Artikel "COTCO downplays Kribi pipeline oil spill" in einer kamerunischen Zeitung vom Januar 2007:

"The same worries are now emerging amongst locals, who mostly look back with regret at a project whose fallouts, from jobs through local investment to social amenities remain farfetched. In fact, all Kribi can show as fruits of the construction of the pipeline today are a booming sex market, hopping HIV/Aids prevalence, crushing poverty and fears of an oil spill of greater magnitude."

Der Bau der Pipeline hat die tatsächlichen Probleme im Tschad nicht gelöst, bzw. sie noch verstärkt, wie z.B. die Übernutzung der Flächen durch den zunehmenden Bevölkerungsdruck und die Ausbreitung von AIDS. In beiden Ländern war keine Verbesserung der Situation der Menschen festzustellen, sondern eher Sorge über eine schleichende Schlechterstellung. Die teilweise sehr gut organisierte Zivilbevölkerung hat nur marginale Möglichkeiten, basisdemokratische Beteiligungsrechte einzufordern.

6. Das Besuchs-Programm im Einzelnen

a) Tschad (19.-24. Januar 2007)

N'Djaména

- Nach einem **Briefing durch den Geschäftsträger der Deutschen Botschaft Dieter Freund** fand ein **Gespräch mit Parlamentspräsident Nassour G. Ouaidou und weiteren VertreterInnen des Parlaments** statt.

Nach der freundlichen Begrüßung und einer Information über die Häufigkeit der Sitzungswochen (die nächste Sitzung findet im Juni statt), Haushaltsfragen sowie die Rechtmäßigkeit der Verfassungsänderung (dritte Amtszeit für Präsidenten, Verlängerung der Legislaturperiode) gab es eine kleine Diskussionsrunde. Leider waren die VertreterInnen aus der Erdölförderregion nicht erschienen. Überraschend war die Aussage, dass die Abgeordneten nicht wüssten, zu welchen Preisen das Öl verkauft wird und hier die Verpflichtung zur Transparenz durch die Erdölkommission einforderten. Anscheinend wäre es ESSO durch US-Recht verboten, dies offen zu legen. Die Frage, ob denn der letzte

Bericht der *International Advisory Group* (vom 26. April 06), die der Weltbank Bericht erstatten, auch im Parlament diskutiert wird, wurde negativ beantwortet. Sie wiesen darauf hin, dass es sich aus ihrer Sicht nicht wiederholen dürfe, dass Arbeiter aus den Philippinen, Tunesien und Marokko wegen des Baus der Pipeline kämen. Zahlen über die Schaffung der Arbeitsplätze durch die Pipeline konnten nicht genannt werden. Unsere Nachfrage zur Menschenrechtssituation (Auswirkungen Darfur, Flüchtlinge) und den damit verbundenen Problemen wurde leider nur dürtig von dem zuständigen Abgeordneten beantwortet.

- Gespräch mit VertreterInnen der Groupe de Recherches Alternatives et de Monitoring du Projet Pétrole Tchad-Cameroun GRAMP/TC-EITI in der Deutschen Botschaft N'Djamena

Die Nichtregierungsorganisation, die sich als eine Forschungsinstitution sieht, gibt eine monatlich erscheinende Zeitschrift heraus, "La lettre de Transparence" (Auflage von 1000 bis 2000 Stück), in dem sie über alles Wichtige rund um die Pipeline berichten. Darin mit eingeschlossen sind Informationen über die Einnahmen, die auch über das Internet zur Verfügung stehen. Leider hätten im Tschad viele Menschen nicht die Möglichkeit des Zugriffs darauf. Aber der Hinweis auf das vorherige Gespräch und die Aussagen der Abgeordneten zeige auch, dass die Regierung kein Interesse habe, genau zu wissen, wieviel Öl fließe.



Sie führten uns einen kurzen Film vor, in dem Stimmen aus der Bevölkerung dokumentieren, dass die Versprechen für sauberes Trinkwasser und ökonomische Verbesserungen nicht eingehalten wurden und stattdessen Entwaldung, Migration, Krankheiten und Prostitution zugenommen hätten.

Auf die Frage, ob diese Pipeline als Modellprojekt zu werten sei, kam die differenzierte Antwort, dass es ein Modellprojekt war, weil es eine solche Zusammenarbeit zwischen Zivilbevölkerung und Wirtschaft im Tschad noch nicht gegeben habe. Und vor dem Hintergrund des Ressourcenfluchs war es ein gutes Konzept. Doch in der Realität könne man es auf keinen Fall als Modellprojekt betrachten. Die Weltbank glaubte daran, einen Hebel zu haben, um Verbesserungen im Tschad zu erreichen. Aber das war blauäugig, denn nach Beendigung des Projekts habe die Weltbank alle ihre Hebel über die Verwertung der Mittel verloren und die Regierung könne machen, was sie wolle. Im Übrigen sei der Öffentlichkeit bekannt, dass Déby von den Einnahmen Waffen kaufe, um seinen Machterhalt zu sichern.

Aus ihrer Sicht sei es wichtig, dass der Tschad Mitglied in der EITI-Initiative wird. Auch kam die Frage

auf, was das deutsche Parlament tun kann, um tschadische Nichtregierungsorganisationen zu unterstützen. Verwiesen wurde auch auf die besondere Position Deutschlands während seiner doppelten EU- und G8-Präsidentschaft.

- Abendessen auf Einladung der Deutschen Botschaft mit VertreterInnen von deutschen Entwicklungsorganisationen

Schilderung der verschiedenen Tätigkeiten: Armutsbekämpfung, Friedens- und Konfliktarbeit, Bildung, Stärkung der ländlichen Strukturen, muttersprachlicher Unterricht, Gefängnisarbeit und Behindertenpolitik. Es gäbe keine einheitliche Identität im Tschad, man fühle sich nur seiner Ethnie und seinem Clan verpflichtet.

Man sehe hier Frankreich sehr kritisch, würde aber (aus sprachlichen Gründen) eher nach Frankreich gehen als in ein anderes europäisches Land. Industrienaufbau funktioniere nicht, weil es keine Rechtssicherheit gebe.

Zwar seien die Einschulungsraten gestiegen, aber es gebe eine hohe Abbrecherquote – nur 50 Prozent halten es bis zur 6. Klasse durch.

Alarmierend sei die Abholzung der Wälder, die u.a. als Holzkohle verfeuert würden. Aufforstungsprogramme gebe es nicht.

Das Problem bei der Pipeline war, dass es im Tschad kaum qualifizierte ArbeiterInnen gäbe. Noch nicht einmal die landwirtschaftliche Produktion konnte sich auf die steigende Nachfrage durch die Bedürfnisse der ArbeiterInnen entlang der Pipeline einstellen. Es mussten Lebensmittel von außen (hauptsächlich Kamerun) importiert werden.

Region Mayo Kebbi

- Kooperations-Projekt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit PRODALKA in der Region Mayo Kebbi im Süden (Gounou-Gaya und Pala)

Sonntag, 21. Januar 2007: Auf der asphaltierten Straße (finanziert durch Weltbank, Europäische EZ und KfW) geht es zügig in den Süden, um danach quer durch die Savanne unsere Zielorte zu erreichen.

Einladung auf einen kurzen Besuch beim **Präfekten der Region La Kabbia** in Gounou-Gaya, dem wegen eines Präsidentenbesuchs eine pompöse Residenz gebaut wurde. Anschließend Besichtigung einer neu erbauten **Schule**, die trotzdem aus allen Nähten platzt, weswegen die jüngeren SchülerInnen in unzulänglichen Hütten unterrichtet werden. Die Bevölkerung legt großen Wert auf Schulbildung und im Jahre 2006 waren hier 282 Schüler angemeldet, davon 151 weiblich und 131 männlich. Diese würden von insgesamt 5 Lehrern unterrichtet, davon würden 2 vom Staat und 3 von den Eltern bezahlt. Die 5. und 6. Klasse (120 SchülerInnen) würden deshalb von einem Lehrer unterrichtet. Eigentlich gäbe es ca. 700 SchülerInnen zu versorgen, aber leider reiche weder das Geld noch der Platz. Möglichkeiten von den Erdöleinnahmen zu profitieren gäbe es nicht, das meiste würde über die Eltern laufen.

Wegen unserer Verspätung werfen wir nur kurz einen Blick auf das **Sparkassengebäude** und fahren weiter zu einem **Brunnenbauprojekt**.



Das Wasserholen ist Frauenarbeit - Brunnen in einem Dorf in der Gegend von Gounou-Gaya, Tschad.

Krönender kultureller Abschluss des Tages: **Theaterstück zur "Dezentralisierung"**, eines von der gtz mitfinanzierten Projektes. Die 11 SchauspielerInnen zeigten mit viel Humor, wie das Leben in einem Dorf durch die Politeliten strukturiert ist und was man durch "Dezentralisierung" alles ändern könnte. Probleme wie Überweidung, Überfischung, Holznutzung und Steuerabgaben wurden thematisiert und gezeigt, dass sich auch Machtverhältnisse ändern lassen.

Montag, 22. Januar 2007: Die am vorigen Tag besuchten Programm-Komponenten werden durch die **Vorstellung des Kooperationsprojektes PRODALKA** in den Gesamtzusammenhang gebracht.

Im Kooperationsprojekt sind KfW, GTZ und DED tätig, es handelt sich also um eines der ersten Programme einer "Entwicklungszusammenarbeit aus einem Guss".

Die Projektregion von PRODALKA umfasst 33 Kantone und 1310 Dörfer.

Aufgrund der Analyse der Situation in der Region, die folgendes Bild ergab:

- Abwesenheit von lokalen Gebietskörperschaften, fehlende lokale Planung,
- schwache oder unangepasste lokale Organisationsformen,
- traditionelle Regelsysteme zur Ressourcennutzung im Sinne des Gemeinwohles, die aber nicht mehr greifen,
- Raubbau an den natürlichen Ressourcen des Mayo Kebbi,
- schlechte soziale und sozio-ökonomische Infrastruktur und Marktanbindung,
- unzureichend genutzte komparative Vorteile der Region in den Bereichen Vieh- und Fischereiwirtschaft, Marktfruchtanbau aber auch Holzwirtschaft und Tourismus

verfolgt PRODALKA folgende Ziele:

- Nachhaltige Entwicklung der landwirtschaftlichen Systeme (Intensivierung) und verbessertes

- Management der gemeinschaftlichen natürlichen Ressourcen (Holz, Weide, Fisch, etc.) bei gleichzeitiger Verbesserung der Wertschöpfung dieser Systeme,
- Entwicklung lokaler Entwicklungsvisionen und Finanzierung von deren Umsetzung,
 - Stärkung lokaler Strukturen und Organisation des Betriebs gemeinschaftlicher Infrastrukturen,
 - Entwicklung von Regelwerken zu ländlicher Entwicklung und Management natürlicher Ressourcen.

Durch den zunehmenden Bevölkerungsdruck, den damit verbundenen Raubbau an den natürlichen Ressourcen und eine fehlende Administration sind zwischen 1986 und 2001 Verlust von 207 000 ha Savanne verloren gegangen. Entwickelt wurden Strategien, um dem Raubbau zu begegnen, bei gleichzeitiger Verbesserung der Wertschöpfung dieser Systeme. Ziel ist die Entwicklung lokaler Entwicklungsvisionen und Finanzierung von deren Umsetzung.

Erdölregion um Doba

- **Gespräch mit dem Comité Permanent Pétrole Local (CPPL) in Moundou, der Plattform verschiedener Nichtregierungsorganisationen**

- **Gespräch mit der Nichtregierungsorganisation EPOZOP im Dorf Timbéri in der Nähe der Pipeline-Trasse**

- **Gespräch mit der Nichtregierungsorganisation CACODELOR in Doba (Société Civile du Logone Oriental, Agir pour le Développement)**

Hinweis auf die gute Zusammenarbeit mit Deutschland, welches auf der Seite der Zivilbevölkerung steht. 1998 gab es mit Unterstützung deutscher Nichtregierungsorganisationen einen ersten Workshop zur Information der Bevölkerung über die Auswirkungen des Pipeline-Projektes (in Dobia), 1999 einen zweiten in Bébédja.

Diskussion um die Entschädigungspraxis durch das Konsortium: Von sozialen und ökologischen Auswirkungen

In Erinnerung geblieben ist den Menschen hier, dass die GTZ (es war GTZ-IS, aber dieser kleine Unterschied wurde nach Auswahl einer dieser vorgegebenen Optionen vom Dorfchef eine Unterschrift verlangte, wonach damit sämtlich

Bei einem weiteren Gespräch wird uns diese Praxis bestätigt. Offenbar wurden im Rahmen der "clôture sociale" (also des Abschlusses des sozialen Kapitels des Pipeline-Projektes) durch die Weltbank die Dorfchefs mit einer Zahlung von 4 € für ihre Unterschrift unter die genannten Dokumente belohnt.

Neben den gemeinschaftlichen Entschädigungen gab es auch individuelle Entschädigungszahlungen, die laut nationalem Gesetz direkt an die Opfer hätten gezahlt werden sollen. Doch wird dieses Gesetz von Vertretern auf Provinzebene nicht respektiert, die sich ihren Teil von den Entschädigungszahlungen abgezweigt haben.

Enttäuschte Hoffnungen: Die Weltbank und das Ölkonsortium weisen die Verantwortung von sich und bestehen darauf, dass die Entwicklung des Landes Sache der Regierung sei. Ein großes Problem sei, dass die Weltbank sich zurückgezogen hat. Der Vertrag wurde verletzt. Die Weltbank ist jetzt völlig verschwunden, trotz der Versprechen, dass man sich um die Einhaltung der Standards bemühe.

Rechte der Arbeiter: 1) Die Lebensbedingungen auf den Ölfeldern sind unmenschlich. Insbesondere die Subunternehmer von Esso halten sich nicht an Standards. Eine Arbeiterin in Doba wies uns darauf hin, dass ihre Augenprobleme durch unzureichenden Gesundheitsschutz verursacht wurden. Mehrmals wurden wir außerdem auf den Fall des Subunternehmers TCC hingewiesen, in dem Lohnforderungen der Arbeitnehmer und Entschädigungen (für vertragswidrige Kündigungen) vor Gericht erstritten wurden.

2) Die Armee und die Sicherheitskräfte stiften Unruhe. Es gibt außergerichtliche Urteile. Die Armee, die für die Sicherheit sorgen sollte, macht das Gegenteil.

Obwohl Esso für seine Erdölanlagen auch **Elektrizität** generiert, gibt es in den Dörfern und Städten in der Region keinen oder nicht ausreichend Strom (zur Bestätigung fällt bei unserem Termin bei CPPL in Moundou prompt der Strom aus).

Später wird uns erklärt, dass die gesamte Kapazität zur Stromerzeugung im Tschad (ein Kraftwerk bei N'Djamena) 20 MW beträgt. Das Elektrizitätswerk in Komé V, das Strom ausschließlich zum Betrieb der Esso-Anlagen generiert, hat eine Gesamtkapazität von 120 MW. Mithilfe des Beiproduktes Gas aus der Erdölförderung generiert es derzeit ca. 60 MW an Strom.

Krise im Tschad. Laut CACODELOR geschieht unsere Reise zum rechten Zeitpunkt, denn der Tschad befindet sich in einer sozioökonomischen Krise, die im Zusammenhang mit dem Öl steht. Dabei sei klar, dass es nicht der Wille der Zivilbevölkerung sei, zu den Waffen zu greifen. Die Erinnerung an den langen Krieg sitzt zu tief.

Das Erdöl hat die Armut verstärkt. Die Verwaltung ist schlecht.

Verwendung der Öleinnahmen: 5 % der Öleinnahmen sollten für die Erdölförderregion bestimmt sein. Doch in der Realität kommen diese 5 Prozent nicht in der Region an, da sie mit den restlichen 65 Prozent für die prioritären Sektoren vermischt werden. Es wird Kritik an den Entwicklungsprojekten geübt. Die durchgeführten Projekte nutzen nicht der Bevölkerung – z.B. das in Doba gebaute Fußballstadion nützt nichts, wenn man vor Hunger keine Kraft habe, Fußball zu spielen. So müsste in Doba das Krankenhaus besser ausgestattet werden, was aber nicht geschah.

Besser wären Investitionen in die ländliche Entwicklung statt in große Infrastrukturmaßnahmen.

Staubentwicklung: Die Verschmutzung durch Staub hat als Ursache die hohe Verkehrsentwicklung und die Übernutzung der Straßen durch LKWs (während der Bauarbeiten täglich bis zu 70 LKWs, auch jetzt noch viel Verkehr, da das gesamte Material per LKW aus Douala nach Doba transportiert werden muss). Der Boden, der aus Laterit besteht, wird aufgewirbelt. Weil der Staub auf den Blättern die Photosynthese verhindert, sterben die Bäume entlang der Straßen. Normalerweise müssten die Straßen mindestens einmal im Jahr ausgebessert werden. Krankheiten nehmen zu: Staub in der Lunge, Augen trüben sich ein.

Das Problem der Staubbelastung wurde damals nicht gut verhandelt, u.a. weil kein Problembewusstsein bestand. Die Erkenntnis über diese Belastung kam erst gleichzeitig mit dem aufkommenden Verkehr.

- Besuch der Esso-Anlagen Komé V in Begleitung von Miles Shaw (Public Relations Manager

Tschad), kurzes Gespräch mit dem jetzigen General Manager von Esso im Tschad, Ron Royal, und seinem Nachfolger Stéphane de Mahieu

Beschaffenheit des in Doba geförderten Erdöls: besonders schweres Rohöl, so genanntes "Doba Blend" (weil aus verschiedenen Erdölfeldern). Es ist ungefähr 10-15 \$ billiger als Brent-Öl. Für den Transport durch die Pipeline entstehen pro Barrel Kosten von ungefähr 9 \$. (Die Lizenzgebühren, die an die tschadische Regierung abgeführt werden müssen, berechnen sich auf Grundlage des Verkaufspreises nach Abzug des Transportpreises.)

Das Erdöl enthält wenig Gas als Beiprodukt, dafür aber umso mehr Wasser: 60 % der Flüssigkeit ist Wasser. Für den Pipelinetransport ist die vorherige Abtrennung des Wassers unerlässlich. In der Anlage Komé V wird in einem aufwändigen Verfahren der Wasseranteil auf unter 1 % reduziert. Das Wasser wird wieder in die Ölfelder zurückgepumpt und injiziert, um das Öl nach oben zu pressen. Das vom Öl getrennte Wasser ist frisch und sauber. Deswegen wird Esso bald einen Versuch starten, ob man dieses Wasser nicht für Bewässerungszwecke nutzen könnte.

Das Gas aus der Erdölförderung wird zur eigenen Elektrizitätszeugung genutzt. Es wird dabei auf das Sparen von Gas geachtet ("it's in our interest to save gas"), 99,9% des Gases werden genutzt. Sie wissen, dass das Gas in 15-20 Jahren zu Ende geht, wenn dann zur Erzeugung von Elektrizität der Umstieg auf (importierten) Diesel nötig ist, wird es teuer. Daher wird kaum Gas abgefackelt. Die mit dem Gas betriebenen Turbinen produzieren 60 MW, haben aber eine Kapazität von 120 MW.

Sicherheit entlang der Pipeline-Trasse: Die Schneise für die Pipeline ist 30 m breit. So viel wurde jedenfalls bezahlt, genutzt wurde weniger. Damit die Schneise nicht von Autos befahren wird, werden Erdhügel als Barriere aufgeworfen. Entlang der Pipeline-Route werden Leute (meist Lokale) engagiert, die aufpassen.

Die Pipeline ist einen Meter tief vergraben und hat einen Durchmesser von 79 cm. Durch 26 Ventile und eine ständige Überprüfung des Drucks an allen Ventilen sowie den Pumpstationen wird die Pipeline gesichert.



Ausbildung der ArbeiterInnen durch Esso: Da Englisch die Verkehrssprache im Werk ist, erhalten die ArbeiterInnen zuerst ein Jahr Unterricht der englischen Sprache. Das formale Training dauert zwei bis zweieinhalb Jahre. Schon 1997 begann das Konsortium mit der Rekrutierung von ArbeiterInnen (und erhielten 2000 bis 3000 Bewerbungen). Allerdings muss man sagen, dass der Pool der Leute nicht ausreicht, im Tschad ist das Niveau der Ausbildung sehr niedrig. Eine Generation ging durch die Kriegszeit der 60er- bis 70er-Jahre verloren.

Bevor das Ausbildungszentrum in Komé V fertig gestellt war, fand ein großer Teil des Trainings auch außerhalb des Tschad statt, insbesondere in den USA (Texas) und in Kanada. Ziel ist es, die (teuren) Expatriates auf Dauer durch lokale Arbeitskräfte zu ersetzen.

Rundgang durch die Anlagen, Besuch des Ausbildungszentrums, auch der Bibliothek. Auch Autofahren wird unterrichtet, denn das ist ein großes Problem, weil es im Tschad keine (oder nicht beachtete) Regeln im Straßenverkehr gibt.

Angesprochen auf die Frage von Entschädigungen an die Dorfbewohner wird darauf verwiesen, dass manche der Forderungen wie z.B. Stühle oder Einrichtungen für Schule auch nicht sehr durchdacht

waren. Aber es gebe auch laufend neue Wünsche nach dem Motto "Es ist nie genug". Aber man wolle durchaus 25 Jahre dort bleiben und suche nach Lösungen.

b) Kamerun (24.-26. Januar 2007)

Pipeline

- Gespräch mit Firma COTCO, Jacky Lesage (Generaldirektor COTCO)

Die Firma COTCO ist auf kamerunischer Seite für die Durchleitung des im Doba-Becken/Tschad geförderten Öls verantwortlich. Das Öl wird in einer Pipeline nach Kribi verbracht, wo es auf einem Verladeterminal 12 km vor der Küste verschifft und weiter verkauft wird.

Die Firma COTCO beschäftigt 1000 Mitarbeiter, von denen ca. 200 direkt bei der Firma angestellt sind, weitere 800 Menschen sind bei Subunternehmern von COTCO beschäftigt. Die Firma COTCO versicherte, dass sie sowohl für ihre eigenen Mitarbeiter als auch für die Mitarbeiter der Vertragsunternehmen Risikotraining durchführe und durch ein Monitoringverfahren auch die Sozialstandards der Subunternehmer prüfe. Sollten die Standards von COTCO nicht eingehalten werden, dann könne es auch zu Vertragskündigungen kommen.

Folgende Fragekomplexe waren für uns von entscheidender Bedeutung:

- In welcher Höhe fließen dem Staat Kamerun Einnahmen durch die Durchleitung des Öls aus dem Tschad zu und wie gestaltet sich die Bezahlung durch die Firma COTCO?
- Welche Probleme in ökologischer oder sozialer Hinsicht können durch Pipeline bzw. das Verladen des Öls vor der Küste entstehen?
- Aus Frage 2 resultiert auch die Auseinandersetzung mit Beschwerden der Bevölkerung bzw. gegebenenfalls mit der Frage nach Entschädigungen bei entstandenen Nachteilen.

Transparenz der Einnahmen

Nach Auskunft der Firma COTCO erhält die Regierung des Kamerun pro Barrel 0,41 US-\$. Dies ergibt eine monatliche Summe von ca. 2 Mio. US-Dollar, die an die *Société nationale des hydrocarbures* (SNH) überwiesen werden. Eine weitere Kontrolle des Geldes und seiner Verwendung durch die Regierung findet nicht statt. Die Öleinnahmen Kameruns würden angeblich in den Zeitungen veröffentlicht. Spätere Gespräche mit Nichtregierungsvertretern ließen über Transparenz und Korrektheit dieser Veröffentlichungen erhebliche Zweifel aufkommen.

Soziale und ökologische Folgen

Um die Folgen der Pipeline mit den Bewohnern entlang der Pipeline zu diskutieren seien ständig mehrere Mitarbeiter von COTCO entlang der Pipeline unterwegs. Zur Überwachung der Pipeline würden auch Wasserproben entnommen, ein Luft- und Abfallmonitoring vorgenommen und die Bodenerosion geprüft. Auch Kompensationszahlungen werden auf diese Weise ausgehandelt und umgesetzt.

Mindestens einmal jährlich findet eine Überprüfung der Standards (insb. ökologischer Standards) durch die Weltbank bzw. IFC statt.

Allgemein sieht die Firma COTCO Probleme darin, dass die Erwartungen der Bevölkerung in die positiven Auswirkungen der Pipeline riesig waren und diese aufgrund der geschilderten Einnahmen des Staates von ca. 2 Mio. US-\$ im Monat zwangsläufig enttäuscht werden mussten. Auch seien zahlreiche NGO's für die zu hohen Entschädigungsforderungen der Bevölkerung verantwortlich. Entlang der Pipeline seien 4 Mio. € an individuellen Entschädigungen bezahlt worden. Darüber hinaus gäbe es auch Gemeinschafts-Entschädigungen. An die Fischer in Kribi wären ebenfalls individuelle und gemeinschaftliche Entschädigungen gezahlt worden. Ein Riff, das im Zuge der Bauarbeiten gesprengt werden musste, wurde durch ein künstliches Riff ersetzt und das Leben am künstlichen Riff werde durch COTCO überwacht. Nach Einschätzung der Firma COTCO haben die Pipeline und die Verladeplattform keinen Einfluss auf den Fischfang bei Kribi. Die Probleme der Fischer bzgl. des Rückgangs der Fischgründe seien auf den industriellen Fischfang vor der Küste zurückzuführen.

- Besichtigung Erdöl-Dekompressionsanlage von COTCO in Kribi;

Führung durch Herrn Guillaume Kwelle (Public and Governmental Affairs Manager COTCO)

Nach dem Gespräch mit Herrn Lesage in Duala hatten wir Gelegenheit, die Dekompressionsanlage der Pipeline in Kribi zu besichtigen. Herr Kwelle, der für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist, führte durch die Anlage und bat auch am anschließenden Gespräch mit der Föderation der Genossenschaft der Fischer dabei sein zu können. Wie sich herausstellte, war dies das erste Gespräch, das zwischen den Fischern und dem für Öffentlichkeitsarbeit verantwortlichen COTCO-Manager stattfand. Unseres Erachtens ist dies befremdlich, da es ja gerade zu seinem Aufgabenbereich gehören müsste, den Kontakt mit den von der Pipeline Betroffenen zu suchen.



- Gespräch mit der Föderation der Genossenschaften der Fischer, Kribi

Neben den Vertretern der Fischer waren auch der Hafenerleiter, der als Ansprechpartner für COTCO gilt, und später auch Herr Kwelle anwesend. Der Hafenerleiter erläuterte die Erwartungen der Bevölkerung, die sich im Wesentlichen auf zwei Punkte konzentrierte: Werden die Öleinnahmen generell zum Nutzen der Gesellschaft verwendet und welche konkreten Verbesserungen insb. im Bereich der Schaffung von Arbeitsplätzen konnten durch das Pipelineprojekt erzielt werden?

Einbezogen in diese Fragestellung war auch Hoffnung auf eine Verbesserung der Einkommen der Bevölkerung und auf die Vermeidung von Umweltschäden.

Nach Einschätzung des Hafenerleiters und auch der Fischer gebe es zwar Einnahmen für den Staat, dessen Höhe ihnen nicht bekannt sei. Es habe auch kurzzeitig einige Arbeitsplätze und einige Verbesserungen vor Ort gegeben (z.B. kleine Zuschüsse für die Kommune, die zu Ausbesserungen an einigen Gebäuden und des Straßenbelags einiger Straßen geführt haben). Demgegenüber stünden aber langfristige Veränderungen der Fischgründe und Umweltzerstörungen (z.B. Felsenriff).

Die Fischer erläuterten, dass die meisten Menschen in Kribi vom Fischfang leben und ihre Existenzgrundlage zerstört ist, wenn aufgrund



veränderter Fischgründe oder Umweltschäden der Fischfang nicht mehr möglich oder erschwert ist. Als Probleme nannten sie austretendes Öl, von der Verladeplattform ausgehender Lärm, Meererwärmung, die Zerstörung des Riffs. All dies zwingt sie, weiter von der Küste entfernt zu fischen. Dafür fehle aber das taugliche Gerät und sie wären den Gefahren der Piraterie ausgesetzt. Insbesondere das vor einigen Tagen ausgetretene Öl belegt, dass – anders als COTCO behauptete – Umweltschäden jederzeit vorkommen können.

Eine ihrer Forderungen schließt deshalb einen Risikofonds mit ein, der bei eventuellen Schäden Kompensationszahlungen an die Fischer leisten könnte. Ebenso wäre ein Ausbildungszentrum nötig, dass sie auf die veränderten Bedingungen der Fischerei vorbereite.

Herr Kwelle betonte, dass COTCO so genannte "local community contacts" eingerichtet habe, deren Ansprechpartner z.B. Dorfchefs wären. Uns erscheint dies als nicht ausreichend und auch eine der Ursachen für ein vorhandenes Informationsdefizit auf beiden Seiten.

- Gespräch mit dem Bürgermeister von Kribi

Das Gespräch mit dem Bürgermeister von Kribi Grégoire Mba Mba zeigte, dass die Einbindung der kommunalen Ebene offensichtlich ungenügend ist. Die Kommunen seien zu Beginn begeistert über das Pipeline-Projekt gewesen, zeigten sich aber nun enttäuscht, da entlang der Pipeline keine Sozialprojekte (Schulen, Gesundheitszentren etc.) entstanden seien und der Informationsfluss zwischen Regierung und Kommunen sehr zu wünschen übrig ließe.

Als Gesamteindruck über die Kommunikationsstrategie der beteiligten Firmen (v.a. Esso, TOTCO / COTCO) lässt sich unseres Erachtens das Fazit ziehen, dass zwar ein Bemühen um das Gespräch mit der Bevölkerung da ist, die Anzahl der dafür abgestellten Mitarbeiter aber in keinsten Weise ausreichend ist und aufgrund der Tatsache, dass offensichtlich ausschließlich mit der Ebene der Dorfchefs gesprochen wird, die Interessen sehr vieler Menschen unberücksichtigt bleiben.

Good Governance und Korruptionsbekämpfung

In einem kurzen **Briefing** sprach **Volker Seitz**, der **Deutsche Botschafter in Kamerun**, die oben genannten Fragen an. Sehr deutlich verwies er darauf, wie groß das Problem der Korruption auf allen Ebenen des Staats und der Gesellschaft Kameruns sei.

Im Anschluss daran wurde dieses Thema auch auf einer **Veranstaltung der FES** mit DiskussionsteilnehmerInnen, die verschiedene Nichtregierungsinstitutionen vertraten, erörtert. Einige hoben die Bemühungen Kameruns um good governance und Korruptionsbekämpfung hervor. Auch die Tatsache, dass Kamerun mittlerweile Mitglied der EITI-Initiative ist, wurde positiv herausgestellt. Allerdings wurde von der Mehrzahl der DiskussionsteilnehmerInnen deutlich gemacht, dass die

bisherigen Bemühungen in keinerlei Weise ausreichen, der nationale Plan für good governance nur zu 10 bis 15 % umgesetzt sei, es an Sanktionsmöglichkeiten fehle, das Parlament zu schwach sei, seine Kontrollfunktion wahrzunehmen und generell Transparenz auch über Haushaltsdaten vermisst würde.

Auch mit Herrn **Markus Repnik**, dem **Repräsentanten der Weltbank im Kamerun** wurden Fragen der Kreditvergabe an Länder wie Kamerun unter dem Aspekt der Mittelverwendung diskutiert. Er betonte, dass in Zukunft alle vergebenen Kredite im Hinblick auf Transparenz und zweckmäßiger Verwendung überprüft werden sollten.

- Gespräch mit Forstminister Elvis Ngolle Ngolle

Der Forstminister erläuterte sein Konzept der Nachhaltigkeit bzgl. Wald und der darin lebenden Tiere. Er nannte insbesondere ein verbessertes Ressourcenmanagement sein Ziel, das auch den Kampf gegen die Armut mit einbeziehe (Forest Environment Sector Programm). Besonderer Wert wird von ihm auf good governance gelegt und das "Forest and wildlife law" sieht bei Übertretungen auch entsprechende Strafen vor. Einige seiner ehrgeizigen Ziele sind die Aufforstung der Wälder Kameruns um 15.000 ha im Jahr, die Schaffung von zwei Nationalparks als Kompensation für die Pipeline, die Verteilung der Einnahmen aus der Forstwirtschaft zu 50 % an die Bevölkerung vor Ort und zu 50 % an den Staat (gemäß Waldgesetz von 1994) und die Information der Bevölkerung.



Ute Koczy beim Interview nach dem Gespräch mit Forstminister Ngolle Ngolle in Yaoundé.

Der erst seit wenigen Monaten im Amt befindliche Forstminister Ngolle Ngolle hinterließ einen durchaus positiven Eindruck und vermittelte den ernstesten Wunsch der Korruptionsbekämpfung. Dies in die Tat umzusetzen wird sich sicherlich noch als schwierig erweisen.

- EZ-Gespräch zum Schwerpunkt Forstwirtschaft

- Gespräch mit Wirtschafts- und Finanzminister Polycarpe Abah Abah

Diskussionpunkte mit dem Minister (in der Mitte des Bildes) waren die Einnahmenentwicklung im Kamerun, Transparenz und Verwendung der Haushaltsmittel, sowie die Einbeziehung kommunaler Stellen.



- Mikrofinanzsysteme für die Armutsbekämpfung nutzen

Das Gespräch mit den Leitern des **Mikrobank-Netzwerkes ADAF**, der Vertreterinnen der **Spar- und Kreditgenossenschaft für Marktfrauen (MUFFA)** und der **Besuch auf dem Markt Oyom-Abang** dienten dazu, sich über die Wirksamkeit von Mikrokreditsystemen im Kamerun zu informieren. Der Ansatz von ADAF umfasst einen Spargedanken, der von der Dorfgemeinschaft, die einen Kredit benötigt, getragen wird. Neben diesem Eigenanteil bilden Gelder von außen (z.B. ehemalige Dorfbewohner, die in der Stadt Arbeit gefunden haben, Bank) die Basis für Kredite. MUFFA gibt Frauen, die in keiner anderen Bank Mittel erhalten würden, Kredite für kleinste Geschäfte und ermöglicht ihnen auch, Gelder zurückzulegen, die dem Zugriff der Ehemänner entzogen sind. Über die Umsetzung des Konzepts konnten wir mit Marktfrauen, die Kredite von MUFFA erhalten hatten, diskutieren. Mithilfe dieses Konzepts wird Frauen erstmals die Möglichkeit gegeben, eine unabhängige Existenz aufzubauen. Die Gespräche machten auch deutlich, dass dies sich auch positiv insbesondere auf die Kinder auswirke, da die Frauen auch Geld für deren Schulbesuch zurücklegten.



Eine stolze Marktfrau in Yaoundé, Mitglied der Genossenschaft MUFFA.

Projekte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (Gesundheitssektor)

- Gespräch mit SUNAIDS, ACMS (Association Camerounaise pour le marketing social), Tantines

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist im Schwerpunkt Gesundheit unter anderem durch verschiedenen EZ-VertreterInnen (GTZ, DED, KfW) vertreten. Es wird mit verschiedenen Nichtregierungsorganisationen zusammengearbeitet, wie z.B. der kamerunischen Dachorganisation der "Tantines".

In der Radiosendung "100 % Jeunes" (die mit Mitteln der KfW unterstützt wird) verbinden die ModeratorInnen sexuelle Aufklärung mit Themen, die Jugendliche besonders ansprechen. In eine ähnliche Richtung geht die *Association Camerounaise pour le marketing social*, die unter anderem Kondome vermarktet. Ein großer Erfolg letztes Jahr waren Fernseh-Spots zur richtigen Benutzung von Kondomen, die sogar in anderen Ländern nachgefragt wurden.

- "Brustbügeln" – eine grausame Methode zur Vermeidung sexueller Übergriffe

Ende 2005 lagen der GTZ die Ergebnisse ihrer Studie vor: Über 5 600 Mädchen und Frauen zwischen 10 und 82 Jahren waren befragt worden. Danach wird in Kamerun etwa 24 Prozent der Mädchen mit erhitzten Mahlsteinen oder anderen Gegenständen das Brustgewebe kräftig "massiert", damit die Brust nicht weiter wächst. Ziel ist, die Attraktivität des Mädchens für Jungen und v.a. auch ältere Männer (!) durch eine wachsende Brust zu mindern und damit frühen Geschlechtsverkehr bzw. Schwangerschaften zu verhindern.

Das "Brustbügeln" geschieht oft unbemerkt, neben Schwester, Tante oder Oma sind es in über 58 Prozent der Fälle die Mütter, die damit verhindern wollen, dass ihre Töchter als Freiwild betrachtet oder schon in jungen Jahren verheiratet werden. Jeden Tag wird mit brutalem Druck der Mahlstein auf der

gerade wachsenden Brust hin und her bewegt, bis sich die gewünschten Resultate zeigen. Die Verstümmelung ist ungemein schmerzhaft, hinterlässt zerstörtes Gewebe, Wunden und Abszesse und verhindert später ein normales Stillen. Für das Mädchen bedeutet dies, nicht nur äußerlich verstümmelt, sondern auch traumatisiert zu werden. Doch viele von ihnen willigen freiwillig in diese Praxis ein.

Die Veröffentlichung der Studie in Kamerun im Jahre 2006 machte deutlich, dass vielen Männern dieses grausame Verfahren unbekannt war. Vorgestellt durch das Gesundheitsministerium und aufgegriffen durch die internationale Presse wird immer bekannter, welches Leid viele Mädchen im Kamerun zu Beginn ihrer Geschlechtsreife erfahren.

Seit einigen Monaten findet die Gegenoffensive in Kamerun unter Mithilfe der GTZ statt. Mit Werbespots, Flugblättern und Infomaterial soll die weitere Ausübung dieser Praxis, die sich über Monate hinziehen kann, unterbunden werden. Auch die Kirche ist mit einbezogen. Mit Slogans wie "Brüste, eine Gabe Gottes" versucht man die Mädchen zu schützen.

Die Frage steht im Raum, warum Mütter sich gezwungen sehen, ihre Töchter diesen Qualen auszusetzen. Die Argumente deuten darauf hin, dass Mädchen und Frauen sich schutzlos den Übergriffen von Männern aus der Nachbarschaft oder den Jungs aus dem Viertel ausgeliefert sehen. Manchmal wird so auch eine frühe Verheiratung hinausgeschoben. Hinzu kommt die Angst vor einer Schwangerschaft als Teenager. In Kamerun bedeutet dies den sozialen Absturz für das Mädchen, denn nicht selten muss die junge Mutter die Schule verlassen und hat kaum Chancen, verheiratet zu werden oder Aussichten auf einen Beruf.

Doch nicht nur das Brustbügeln stürzt Frauen in Kamerun in ein Martyrium. Inzwischen wurde auch bekannt, dass frisch entbundene Frauen häufig durch Schläge mit heißen Tüchern auf den Bauch "behandelt" werden. Dies soll helfen, die Nachgeburt zu lösen, damit sich der Bauch leichter zusammenzieht und die Milch schneller kommt. Mit dem Ergebnis, dass die so malträtierten Frauen nach der Geburt Verbrühungen und Wunden auf der Haut davontragen.

Aber es gibt Hoffnung. Nicht nur, weil die Öffentlichkeit inzwischen alarmiert ist, sondern weil konkrete Projekte die jungen Frauen unterstützen. Ein Projekt nennt sich "Tantines" (Tantchen) und wird ebenfalls von der GTZ gefördert. Die "Tantines" sind junge Frauen, die selbst im Jugendlichen-Alter Mütter geworden sind und versuchen, mit ihrer Erfahrung Mädchen sexuell aufzuklären. Die Mädchen werden mit ihren kleinen Kindern auf ein Wochenendseminar eingeladen. Dort findet über den Austausch untereinander auch eine Ermutigung der jungen Frauen statt, sich als so genannte "Tantines" in den Schulen zu melden und dort über Sexualität aufzuklären. Ihre persönliche Erfahrung berichtend, tragen die jungen Tantines mit dazu bei, die Zahl der frühen Schwangerschaft zu vermindern. Sie schlüpfen damit in eine kulturelle Rolle, die früher tatsächlich von älteren Frauen (bzw. eigentlich den Tanten, denen die Rolle der sexuellen Aufklärung zukam) wahrgenommen wurde. So haben die jungen Tantines eine Chance, zu gesellschaftlicher Anerkennung zu kommen und sich eine Existenz aufzubauen.

7. Anhang: Programm

Freitag, 19. Januar 2007 – Berlin - Tschad

Zeit
21.45

--

Samstag, 20. Januar 2007 – Tschad

Zeit
08:30
10:30
14:30
20:00

Sonntag, 21. Januar 2007 – Tschad

Zeit
07:30 – 14:00
Nachmittags
19:00
20:30

Montag, 22. Januar 2007 – Tschad

Zeit
8:00
9:00
12:30
13:30
16:00
19:00

Dienstag, 23. Januar 2007 – Tschad

Zeit
7:00
7:30
12:30
13.00
16.00

Mittwoch, 24. Januar 2007. Tschad à Kamerun

Zeit
7:30 – 9:30

11:00
12:30-15:00
15:30
16:30
18:00
19:30

Donnerstag, 25. Januar 2007 – Kamerun

Zeit
8:30
9:00 -12:00
12:30
13:00-16:00
15:00-16:30
17:00
18:30
20 Uhr

Freitag, 26. Januar 2007 – Kamerun

Zeit
9:00
10:00
11:30
13:00
15:00-18:00
18:30
20:00
23:45